



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 02.07.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info und dnr-online.ru

Dan-news.info: Erklärung Sachartschenkos über die Durchführung örtlicher Wahlen in der DVR am 18. Oktober in Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen

Das Kiewer Regime bringt weiter nicht mit der DVR abgestimmte Änderungen in der Verfassung der Ukraine voran. In ihnen sind keine Rechte und Garantien für unsere Bürger vorgesehen. Dieses widerspricht direkt Punkt 11 der Minsker Maßnahmekomplexes, wo festgelegt ist, dass „die Durchführung von Verfassungsreformen in der Ukraine unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Bezirke der Oblaste Lugansk und Donezk und in Abstimmung mit den Vertretern dieser Bezirke“ garantiert werden muss. Dabei behauptet die Kiewer Regierung heuchlerisch, dass sie ihre Vorschläge mit irgendwelchen mythischen „Vertretern“ des Donbass abgestimmt haben, die sie selber nicht benennen und die niemanden vertreten.

Es muss daran erinnert werden, dass „Vertreter der einzelnen Bezirke“ keine willkürliche Wortwahl ist, sondern ein Terminus, der offiziell in den Minsker Verhandlungen verwendet wird. Im Minsker Memorandum vom 19. September 2014 werden I. Plotnizkij und A. Sachartschenko als Vertreter der einzelnen Bezirke bezeichnet, die dieses Dokument unterzeichnet haben. Es wurde auch von den Vertretern der OSZE H. Tagliavin, der Ukraine L. Kutschma, Russlands M. Surabow unterzeichnet. Auf diese Weise haben die OSZE, Russland und die Ukraine offiziell und öffentlich gerade die Oberhäupter der DVR und der LVR als Vertreter des Donbass bei den Verhandlungen anerkannt.

Weder ich noch mein Kollege I. W. Plotnizkij haben der von Poroschenko vorgeschlagenen Konzeption einer Verfassungsreform zugestimmt. Mehr noch, ich halte ein Herangehen, bei dem der Donbass in diesem Entwurf insgesamt in einer inhaltsleeren Zeile genannt wird, für offenen Hohn, ja und das nicht nur im eigentlichen Text der Verfassung, sondern auch in den Übergangsbestimmungen.

Außerdem erfüllt Kiew nicht die sich aus den Punkten 4 und 11 ergebene Verpflichtung „unverzüglich“ ein „besonderes Regime“ in den einzelnen Bezirken, ein dauerhaft geltendes Gesetz über ihren besonderen Status einzuführen. Stattdessen hat die Oberste Rada auf Anweisung Poroschenkos mit der Annahme der nicht mit der Minsker Kontaktgruppe abgestimmten Änderungen faktisch die Wirkung dieses Gesetzes blockiert.

Mit Hartnäckigkeit, die eines besseren Einsatzes würdig wäre, bringt Kiew einen Gesetzesentwurf über örtliche Wahlen durch die Oberste Rada, der auch nicht mit der DVR und der LVR abgestimmt ist. Dies ist eine grobe Verletzung der Punkte 4 und 12 des Maßnahmekomplexes, die garantieren, dass „Fragen, die die örtlichen Wahlen betreffen, mit

uns erörtert und abgestimmt werden“. Wir haben der Ukraine im Rahmen der Minsker Kontaktgruppe und der Minsker Arbeitsgruppe zu politischen Fragen offiziell von uns vorbereitete Gesetzesentwürfe zu Wahlen, Änderungen der Verfassung der Ukraine, zum Gesetz der Ukraine „Über die besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Bezirken ...“ (Über den besonderen Status des Donbass) vorgelegt. Es ist keinerlei Reaktion erfolgt. Die Ukraine ignoriert offen unsere Vorschläge, weigert sich sogar sie zu erörtern.

Poroschenko handelt demonstrativ und in einseitiger Weise. Nicht als Verhandlungsseite, sondern als Diktator. Er imitiert nur einen „Dialog“ und die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, in der Sache setzt er sich dabei sowohl über die Buchstaben als auch über den Geist des Minsker Maßnahmekomplexes hinweg.

Auf diese Weise ist das Kiewer Regime de facto aus dem Minsker Friedensverhandlungsprozess ausgestiegen.

Unter den durch die Schuld Kiews entstandenen Bedingungen ist die DVR gezwungen zur Rettung der Minsker Vereinbarungen selbständig zu ihrer Erfüllung zu schreiten. Wir beginnen sofort zu handeln und warten nicht ab, wann Kiew sich besinnt und an den Tisch echter und nicht vorgetäuschter Verhandlungen zurückkehrt. Weil ein weiterer Aufschub und eine Verzögerung nur der ukrainischen Kriegspartei nützlich ist.

Erstens erklärt die DVR in Erfüllung der Punkt 4 und 11 des Maßnahmekomplexes, dass auf ihrem Territorium im Rahmen der Verfassung und der Gesetze der Republik, soweit es diesen nicht widerspricht, ein besonderes Regime der Selbstverwaltung gilt, von dem einige Bedingungen im Gesetz der Ukraine Über den besonderen Status des Donbass („Über die besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung...“), in Punkt 11 des Maßnahmekomplexes, sowie in dem von uns vorgeschlagenen Entwurf für Änderungen der Verfassung der Ukraine genannt sind.

Zweitens setze ich in Erfüllung der Punkte 4 und 12 des Minsker Maßnahmekomplexes die Durchführung örtlicher Wahlen auf dem gesamten Territorium der DVR für den 18. Oktober diesen Jahres fest. Die Wahlen werden, wie es in den Punkten 4 und 12 des Maßnahmekomplexes gefordert ist, „auf Grundlage des Gesetzes „Über eine vorläufige Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Bezirken der Oblaste Donezk und Lugansk““ erfolgen soweit es nicht der Verfassung und Gesetzen der DVR widerspricht. Am 18. Oktober werden die Oberhäupter von Städten und Bezirken gewählt werden. Die Zweckmäßigkeit der Wahl der Abgeordneten der Bezirks-, Stadt-, Orts- und Dorfsowjets wird unter Berücksichtigung der Besonderheiten der normativen Basis der Republik, der finanziellen Möglichkeiten und der Wünsche der Bürger festgelegt. Zur Bewahrung von Grundlagen der politischen Regelung werden die durch die Vorkriegsgesetze festgelegten Grenzen der Bezirke, Städte, Orte und Dörfer sowie die Wahlkreise beibehalten, sowie die Benennungen der Organe der Selbstverwaltung und der Ämter der zu wählenden Personen. Die Wahlen werden unter Berücksichtigung der prinzipiellen Bestimmungen des Entwurfs für ein Gesetz der Ukraine über Wahlen, das von der DVR und der LVR ausgearbeitet wurde und der Minsker Kontaktgruppe im Rahmen „des Dialogs über die Modalitäten der Durchführung örtlicher Wahlen“ in Übereinstimmung mit Punkt 4 des Maßnahmekomplexes übergeben wurde, organisiert.

In Erfüllung von Punkt 12 des Maßnahmekomplexes werden die örtlichen Wahlen am 18. Oktober in der DVR „unter Beachtung der entsprechenden Standards der OSZE bei einem Monitoring von Seiten des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte“ und anderer internationaler Organisationen durchgeführt. Die Ordnung des Monitorings und die Arbeit der Beobachter sind wir bereit im Rahmen der Kontaktgruppe abzustimmen.

Die Vertreter der Ukraine haben an der Erörterung und Abstimmung aller oben genannten Entscheidungen teilgenommen. Ich weise die Regierung und die Zentrale Wahlkommission der DVR an, gemeinsam mit dem Volkssowjet erschöpfende Maßnahmen zu ihrer Realisierung zu ergreifen.

Ich bin überzeugt, dass sie es erlauben, nicht nur den Minsker Friedensprozess zu erhalten, sondern auch ihm die nötige Dynamik zu geben. Und sie werden im Endergebnis zu einer endgültigen Beendigung des Kriegs im Donbass und zu einer politischen Regelung der davon hervorgerufenen globalen Krise führen.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko

Lug-info.com: Der faktische Ausstieg Kiews aus dem Prozess der Minsker Verhandlungen führte dazu, dass die Republiken die Möglichkeit erörtern, selbständig den Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Dies erklärte heute das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij.

„Mit unseren Kollegen aus der DVR erörtern Vertreter unserer Republik zurzeit die Initiativen und tauschen Meinungen zur weiteren Entwicklung der Ereignisse aus“, sagte er. Nach Auffassung Plotnizkijs können die Republiken „sich nicht weiter mit der ständigen Sabotage Kiews bei der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen abfinden und müssen selbst im Rahmen der Erfüllung der Regelungen von Minsk-2 handeln.“

ZuzZeit ist dieses Thema eines der grundlegenden der Diskussion auf dem Forum in Donezk, wo auch eine Delegation unter Leitung des Sprechers des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin teilnimmt.

Lug-info.com: Gemeinsame Erklärung der LVR und der DVR an die Oberhäupter der USA, Frankreichs und Deutschlands

Wir werden uns an den Präsidenten der USA Barak Obama, die Kanzlerin der BRD Angela Merkel und den Präsidenten Frankreichs François Hollande.

Sie verfügen über entscheidenden Einfluss auf den Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko und alle politischen Führer der Ukraine, die in der Obersten Rada vertreten sind.

Sie haben mehrfach erklärt, dass die Realisierung der Minsker Vereinbarungen das einzige Mittel ist, den Krieg gegen das Volk des Donbass zu beenden und eine politische Regelung zu finden.

Wir bitten Sie unverzüglich und unmittelbar auf den Präsidenten der Ukraine und andere Mitglieder der in Kiew regierenden Koalition einzuwirken. Durch ihre Schuld befindet sich der Minsker Friedensprozess am Rand des Scheiterns!

Wir haben schon mehrfach die Versuche Kiews hervorgehoben seine einseitigen Handlungen als Erfüllung des Minsker Maßnahmekomplexes vom 12. Februar d. J.

auszugeben. Nun ist offensichtlich, dass dies keine einmaligen Missverständnisse sind, sondern eine bewusste zynische Taktik.

Die Vertreter der Ukraine ignorieren vollständig Punkt 4 des Maßnahmenkomplexes und haben heute das Gesetz über den besonderen Status des Donbass in Kraft gesetzt und haben nicht die „Einführung eines besonderen Regimes“ in „einzelnen Bezirken“ abgesichert, wie es dieser Punkt direkt fordert. Der Beschluss der Obersten Rada, die das Territorium mit einem besonderen Regime angeben, wurden gleichzeitig mit einer Änderung in Paragraph 10 des Gesetzes über den besonderen Status des Donbass gefasst. Die Änderung betrifft die Bedingungen für örtliche Wahlen in den einzelnen Bezirken. Der Text der Änderungen wurde nicht mit der DVR und der LVR abgestimmt, obwohl dies Punkte 4 und 12 des Minsker Maßnahmenkomplexes deutlich eine Abstimmung aller „Fragen, die die örtlichen Wahlen betreffen, fordern. Wir haben allen Teilnehmern der Kontaktgruppe, darunter auch der ukrainischen Seite, unsere Vorschläge für eine Redaktion von Paragraph 10 des Gesetzes über einen besonderen Status übergeben. Es gibt keinerlei Reaktion von Seiten der Ukraine.

Petr Poroschenko hat eine Verfassungskommission gebildet und plant Änderungen an der Verfassung der Ukraine bis Ende des Jahres. Erste Abstimmungen sollen schon im Juli stattfinden.

Dabei gibt es keinen einzigen unserer Vertreter in der Verfassungskommission. Die Ukraine hat ihre Vorschläge zur Verfassungsreform nicht zur Erörterung in die Kontaktgruppe gegeben. Die Ukraine hat die Absicht einen „Dialog“ zur Verfassung zu imitieren, entweder mit aus der DVR und LVR ausgewanderten, niemanden vertretenden Bürgern oder mit Einwohnern des von ihnen kontrollierten Teils des Donbass! Das ist eine Verfälschung! Dabei sind nicht nur der Form, sondern auch dem Wesen nach die von Kiew vorgeschlagenen „Reformen“ eine grobe Fälschung. In ihnen gibt es kein Wort über eine „Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Bezirke“ des Donbass und über eine „dauerhafte Gesetzgebung über einen besonderen Status.“ Solche Herangehensweisen widersprechen völlig dem Punkt 11 des Maßnahmenkomplexes. Außerdem sind unsere Vorschläge zu Änderungen an der Verfassung der Ukraine, die an die Kontaktgruppe und die Verfassungskommission gegeben wurden, ohne Antwort durch die Ukraine geblieben.

Vor kurzem hat die Oberste Rada in erster Lesung ein Gesetz über Wahlen und Organe der örtlichen Selbstverwaltung angenommen. Die Konzeption dieses Gesetzesentwurfs ist nicht mit der DVR und der LVR abgestimmt. Öffentlich und offen hat die Ukraine den von uns vorgeschlagenen Gesetzesentwurf ohne Antwort gelassen.

Wir sehen in all diesen Handlungen Kiews den Versuch der Täuschung und des Austauschs der Minsker Vereinbarungen. Kiew plant einseitig Gesetze und andere Entscheidungen zu beschließen, die nicht in den Minsker Dokumenten erwähnt sind. Kurz vor Ende des Jahres wird es erklären, dass es alle Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen erfüllt hat und von uns fordern, dass wir der Ukraine die Kontrolle über unsere Grenzen mit Russland übergeben.

Der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin
Der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin

Dan-news.info: Pressekonferenz der Vorsitzenden der Volkssowjets der DVR und der LVR Andrej Purgin und Alexej Karjakin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Der gemeinsame Aufruf der DVR und der LVR unter anderem an Präsidenten der USA Barak Obama ist kein Versuch, „Washington in das „normannische Format“ von Treffen hineinzuziehen noch in die Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass, erklärte Purgin.

„Das ist kein Versuch, sie in das „normannische Format“ zu ziehen, weil dies eine europäische Sache ist. Wir würden wollen, dass sie in diesem Fall öffentlich auftreten und eine Antwort geben, wie sie die Situation sehen, eine politische Antwort.“

Der Sprecher des Parlaments der DVR fügte hinzu, dass das „normannische Format“ eine große Errungenschaft im Prozess der Herstellung von Frieden im Donbass ist. Merkel, Hollande und Putin, die den Frieden, die Fortsetzung der Verhandlungen und den politischen Prozess garantierten, das ist natürlich gut, aber alle verstehen sehr gut, dass für Herrn Poroschenko und die ukrainische Regierung die Amerikaner stehen“, unterstrich Purgin. Purgin ist der Auffassung, dass die USA auch keinen Platz im Minsker Verhandlungsprozess haben. „Je mehr Verhandlungsteilnehmer da sind, desto schlechter, das wurde schon mehrfach gesagt. Die USA haben dort keinen Platz, es ist ein Format der EU, der RF und unseres. Gerade wegen der Einmischung Amerikas aus der Ecke müssen wir mit solchen Methoden arbeiten“, erklärte Purgin.

#

Nach Meinung des Politikers „nehmen die USA eine sehr angenehme und günstige Position ein“. Hierher fahren Senatoren, Militärinstructoren. Dies ist ein faktisch finanzierter Krieg und die USA haben unmittelbaren Einfluss auf die Regierung der Ukraine und den Sicherheitsdienst der Ukraine. Aber gleichzeitig übernehmen sie keine Verantwortung, juristisch ziehen sie sich aus diesem Prozess heraus.

„Der Verhandlungsprozess geht weiter. Möglicherweise entsteht im weiteren irgendein anderes Format, aber ohne politischen Dialog ist es in unserer Situation und in der Situation der Ukraine nicht möglich ohne Vereinbarungen zu koexistieren“, sagte Purgin auf die Frage eines Journalisten bezüglich der Möglichkeit eines Kompromisses mit Kiew nach den einseitigen Schritten Kiews zur Änderung der Verfassung.

Dan-news.info: Zusammenfassung der Meldungen zur Anhörung zum Thema „Erfüllung des Minsker Maßnahmekomplexes“

Eine Anhörung zum Thema Erfüllung des Minsker Maßnahmekomplexes vom 12. Februar hat heute im Volkssowjet der DVR begonnen.

Die Veranstaltung wird im Format eines runden Tisches erfolgen, an ihr nehmen die Vertreter des Volkssowjets der DVR und der LVR Andrej Purgin und Alexej Karjakin teil, die stellvertretenden Sprecher der Parlamente, die Vertreter der Republiken in der Kontaktgruppe Denis Puschilin und Wladislaw Dejnego, weitere Vertreter der Behörden der DVR und der LVR und von gesellschaftlichen Organisationen.

„Die Hauptaufgabe in der „humanitären“ Untergruppe ist der Austausch „alle gegen alle“, die Ukraine ignoriert die genannte Forderung der Minsker Vereinbarungen“, sagte die Bevollmächtigte der Republik für Menschenrechte Darja Morosowa.

„In den ukrainischen Gefängnissen befinden sich etwa 1500 ungesetzlich festgehaltene Personen, bei uns sind es erheblich weniger, deshalb sind Austausch des Type „5 gegen 5“, „3 gegen 3“ für uns nicht möglich“, fügte sie hinzu.

Morosowa unterstrich, dass die Erfüllung des Punktes des Minsker Maßnahmekomplexes über den Gefangenen austausch nur möglich ist, wenn die Ukraine das Gesetz über die Amnestie annimmt, wie es in Minsk vereinbart wurde.

Kiew imitiert die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Dieses These, die heute vom Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko veröffentlicht wurde, wurde auf der ersten Anhörung zur Frage der friedlichen Regelung unter Teilnahme von Abgeordneten der DVR, LVR und gesellschaftlicher Organisationen unterstützt.

„Kiew nutzt die Minsker Vereinbarungen, um seine Kräfte umzugruppieren, wir haben das nach dem September des letzten Jahres gesehen, wir sehen es jetzt“, sagte der Sprecher des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin. Er unterstrich, dass die ukrainische Regierung „ihre Bevölkerung ins Grab treibt“, indem sie nicht ausgebildete Soldaten in die Zone der Strafoperation im Donbass treibt.

Karjakin wies auch auf die Unhaltbarkeit der Rhetorik Kiews und seiner Schutzherren hin, die gegen die Volksrepubliken gerichtet ist. „Uns nennen sie aufgrund unzureichender Bildung „okkupiertes Territorium“ Das ist unser Land, wie können wir es okkupieren? Wir werden von hier nie weggehen“.

„Europa beginnt langsam zu verstehen, dass die Ukraine nicht so ein „weißes Lamm“ ist, wie sie sich darstellen möchte“, sagte Karjakin.

Er unterstrich, dass immer mehr die Unhaltbarkeit der Beschuldigungen der Regierungen der europäischen Länder gegen Russland im Zusammenhang mit dem Konflikt im Donbass deutlich wird. „Europa nennt Russland Aggressor, aber selbst schicken sie Söldner und Waffen, während Russland humanitäre Konvois schickt.“

„Der Weg ist schwer, es starben viele Menschen, es gibt viele Zerstörungen, aber in dieser Bewährungsprobe ist etwas neues, auf das Volk bezogene entstanden, das uns für immer verändert. Ich denke, dieser Prozess wird weitergehen“, sagte der Sprecher des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin.

Dabei unterstrich er, dass die Minsker Vereinbarungen ein „notwendiger Prozess“ sind.

Die LVR hat eine Pause für die Entscheidungen der Frage über die Durchführung örtlicher Wahlen eingelegt, erklärte heute der Sprecher des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin.

„Wir haben erst heute von einer solchen Entscheidung Donezks gehört, so ist es nötig, dass wir ein wenig nachdenken“ sagte er.